

WAHLKREISE IN **DORTMUND**

# WAHLE PRÜF STEIN

**Kirche fragt –  
Kandidat:innen antworten!**

Eine Initiative der  
Evangelischen Kirche in Dortmund - Lünen  
zur Bundestagswahl 2021

**SPD**

**CDU**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

**DIE LINKE.**

**Freie  
Demokraten**



## INHALT

Impressum, Kontakt	S. 2	Die Kandidat:innen	S. 5
Editorial	S. 3	Literaturhinweise	S. 24
Plakat	S. 4		

<b>1. FRIEDENS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK WIE GESTALTEN?</b> SEITE 6/7	<b>2. FLUCHT UND MIGRATION HUMANITÄR AUSRICHTEN?</b> SEITE 8/9	<b>3. ARMUTS-BEKÄMPFUNG ERNEUERN?</b> SEITE 10/11
<b>4. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SICHERN?</b> SEITE 12/13	<b>5. KLIMAWANDEL STOPPEN!?</b> SEITE 14/15	<b>6. MOBILITÄTS-WENDE ERMÖGLICHEN?</b> SEITE 16/17
<b>7. DEMOKRATIE VERTEIDIGEN, ABER WIE?</b> SEITE 18/19	<b>8. RECHTS-POPULISMUS ENTGEGENTRETEN?</b> SEITE 20/21	<b>9. MIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE KOOPERIEREN?</b> SEITE 22/23

## REDAKTION

Das Konzept der Wahlprüfsteine wurde vom Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kreissynode Dortmund im Mai 2021 beschlossen und von einer Dortmunder und einer Lüner Projektgruppe ausgearbeitet. Mitgewirkt haben Pfr. Niels Back, Elke Elandt-Dahmann, Sabine Fleiter, Eckhard Kneisel, Pfr. Udo Kytzia, stv. Sup. Michael Stache, Pfr. Friedrich Stiller (Schlussredaktion) und Oliver Volmerich. Ein besonderer Dank für die fachliche Begleitung geht an Oliver Volmerich, Mitglied im Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung. Dank auch an Diane Spitz und Tim Burgemeister für die Unterstützung.

Fotos: Adobe Stock (©Photobeps, ©ghoststone)  
Porträtfotos/Parteienlogos: CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke  
Gestaltung: text und design, Spieckermann

## IMPRESSUM | KONTAKT

Evangelischer Kirchenkreis Dortmund, Referat für Gesellschaftliche Verantwortung,  
Pfr. Friedrich Stiller (V.i.S.d.P.), Jägerstr. 5, 44145 Dortmund  
rgv@ekkdo.de, 0231/8494-373

# SPANNENDE EINSICHTEN

*Im Kirchenkreis Dortmund ist es gute Tradition, sich im Vorfeld von Wahlen zu engagieren. Zum einen wird damit die demokratische Kultur in unseren Städten unterstützt, denn Bürger:innen und Kandidat:innen wird ein Forum zur Meinungsbildung und Diskussion geboten. Zum anderen können so die Themen, die Kirche und Diakonie wichtig sind, im Vorfeld der Wahl in die Diskussion gebracht werden. In diesem Sinne hat der kreiskirchliche Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung beschlossen, dass wir uns auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 engagieren. Für Lünen war die entsprechende Facharbeitsgruppe beteiligt. Drei Beiträge wurden vorbereitet:*

- **Wahlprüfsteine – Kandidat:innen für die Bundestagswahl antworten schriftlich auf ausgewählte Fragen der Kirche.**
- **Kurzvideos – Die Kandidat:innen werden in einem Kurzinterview präsentiert, das auch den Menschen näher zeigt.**
- **Ein Plakat – es wirbt dafür, zur Wahl zu gehen.**  
(liegt gedruckt in DIN A3 vor)

Zu Videos und Plakaten erhalten Sie auf der folgenden Seite nähere Informationen.

*Es gibt im Vorfeld einer Wahl viele Themen, die diskutiert werden können. Die folgenden neun Wahlprüfsteine orientieren sich an den **kirchlichen** Themen **Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung**. Mit dieser Trias haben die Kirchen der Ökumene einvernehmlich die christ-*

*liche Weltverantwortung in unseren Tagen konkretisiert. Im Kirchenkreis haben wir aufgrund unserer langjährigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus das Leitziel **Demokratie** ergänzt. Zu jedem der vier Bereiche wurden zwei Wahlprüfsteine entwickelt, ein weiterer fragt abschließend nach der Zusammenarbeit mit Kirche und Diakonie. Alle Wahlprüfsteine sind gleich aufgebaut: Das Sachproblem; Kirchlich-diakonische Positionen; Fragen an die Kandidat:innen.*

*Zur Beantwortung eingeladen wurden die Parteien, die den aktuellen Umfragen zufolge Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben, wobei wir aus Kapazitätsgründen jeweils eine:n Kandidat:in beteiligt haben, obwohl Dortmund zwei Wahlkreise hat. Die Reihenfolge der Antworten entspricht der Fraktionsgröße im Bundestag. Nicht aufgenommen wurde die Partei AfD, denn der Kirchenkreis Dortmund hält sie für eine rechtspopulistische Partei mit einem problematischen Verhältnis zu Demokratie und Menschenwürde (Vgl. dazu Literaturhinweise Nr. 8). Nicht ohne Grund werden Teile der Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.*

*Bleibt uns, Ihnen spannende Einsichten beim Lesen zu wünschen, und den beteiligten Kandidat:innen für ihre Mitwirkung zu danken.*

*Und dann noch eins: Gehen Sie am 26. September bitte wählen. Egal was, Hauptsache eine demokratische Partei. Denken Sie daran, wie viele Menschen auf der Welt liebend gerne mit uns tauschen würden, damit sie auch in freien Wahlen über die Zukunft mitentscheiden dürfen.*

Herzliche Grüße

Sup.in Heike Proske

Pfr. Christian Höfener-Wolf  
Vorsitzender Ausschuss

Pfr. Friedrich Stiller  
Leiter Referat Gesell. Verantwortung

**KIRCHE FÜR DEMOKRATIE**

**BUNDESTAGSWAHL**  
**26.09.**  
**2021**  
**WÄHLEN GEHEN**

 • **WAHLPRÜFSTEINE**  
Neun Fragen zu den  
Wahlprogrammen

 • **VIDEO-CLIPS**  
Kurzinterviews  
mit den Kandidat:innen

 Veranstalter: Evangelischer Kirchenkreis  
V.i.S.d.P.: Pfr. F. Stiller,  
Ev. Kirchenkreis, Jägerstraße 5  
Dortmund

Im Kirchenkreis Dortmund-Lünen ist es gute Tradition, sich im Vorfeld von Wahlen zu engagieren. Nicht um sich parteipolitisch einzumischen, sondern um die demokratische Kultur und Meinungsbildung zu unterstützen. Zudem bringen wir die Themen von Kirche und Diakonie in die Diskussion.

[www.ev-kirche-dortmund.de](http://www.ev-kirche-dortmund.de)

Dieses Plakat kann gedruckt bei uns bestellt werden.

# DIE KANIDATEN:INNEN



## Klaus Wegener | CDU

Als überzeugter Demokrat, Europäer und stolzer Dortmunder bin ich seit 1994 in der CDU. Solidität und Solidarität sind meine Leitmotive. Ich trete für eine bürgernahe Politik ein und möchte Dortmund wieder eine konservative Stimme im Bundestag geben. So möchte ich den Interessen der Dortmunderinnen und Dortmunder auf Bundesebene Gehör verschaffen.



## Sabine Poschmann | MdB | SPD

Ist seit 2013 für Dortmund im Deutschen Bundestag. Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses ist sie zuständig für die Themen Mittelstand und Handwerk. In Dortmund setzt sie sich für gute Arbeitsplätze, gegen Armut, für starke Familien sowie für einen sozial gerechten Klimaschutz ein.



## Frieder Löhner | FDP

Hat Musik, Maschinenbau und Betriebswirtschaft studiert, Höhen und Tiefen erlebt, DAX Vorstand, persönlich haftender Unternehmer, Hartz-IV-Empfänger. Suchender auf dem Weg nach Jerusalem. Gelernt, mit wenig Geld auszukommen. Liebt das Leben und die Menschen. Daher will er für die Dortmunder in den Bundestag.



## Markus Kurth | Bündnis 90/ Die Grünen

Diplom-Politologe, seit 1997 Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen. Von 2000 bis 2003 Vorsitzender des Kreisverbandes Dortmund, seit Oktober 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Bis 2013 Sprecher für Sozialpolitik und Behindertenpolitik, seit 2013 Sprecher für Rentenpolitik. Zudem ist er Obmann im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales.



## Ann-Christin Huber | Die Linke

Diplom-Juristin, zuvor kaufmännische Ausbildung zur Wirtschaftsassistentin für Fremdsprachen und Korrespondenz. „Ich komme aus einer Arbeiterinnenfamilie und nehme daraus auch meine Motivation, mich für Arbeiter:innen und Menschen in unserer Gesellschaft einzusetzen, die keine Stimme und Lobby haben. Meine Schwerpunkte sind Innenpolitik, Gleichstellung der Geschlechter und gute Arbeit.“

# 1. FRIEDENS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK WIE GESTALTEN?

Die Entspannungsphase in Europa nach 1989 scheint beendet, die Sicherheitslage hat sich verschärft. Die Ausweitung der Atomwaffenarsenale – ein überwunden geglaubtes Problem – ist auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Russland und seine militärischen Verbündeten sowie die NATO führen neuerdings Großmanöver durch, wie man sie zuletzt aus der Zeit des Kalten Krieges kannte. Seit 2014 ist die Ukraine Kriegsschauplatz: Im Osten des Landes wird gekämpft, mit bisher 13.000 Toten, die Russische Föderation besetzte völkerrechtswidrig die Halbinsel Krim. Im selben Jahr hat die NATO eine Verabredung von 2002 bekräftigt, der zufolge alle Mitglieder 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstungsausgaben aufwenden sollen.

In Deutschland sind diese bereits von 1,2% auf derzeit 1,56% gestiegen. Zudem ist Deutschland weiter der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Die Evangelische Kirche in Deutschland fordert die Ächtung und das Verbot von Atomwaffen die strikte Bindung von Militäreinsätzen an das Völkerrecht sowie ein Rüstungsexport-Kontrollgesetz. Auch wenn sie eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr bejaht, spricht sie sich vor allem für mehr internationalen zivilen Friedensdienst aus.

- Welche Richtung sollte die Friedens- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik zukünftig einschlagen?
- Wie stehen Sie zum 2% – Ziel für die Erhöhung der Rüstungsausgaben?



Deutschland muss als stärkste Wirtschaftsnation Europas eine führende außen- und sicherheitspolitische Rolle einnehmen. Wir müssen mehr als bisher bereit sein, zusammen mit unseren Verbündeten und Partnern unter Wahrung der völkerrechtlichen und unserer verfassungsrechtlichen Vorgaben, alle In-

strumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik anzuwenden – auch militärische. Es muss Europas Anspruch sein, als gleichberechtigter Partner gemeinsam mit den USA für Freiheit, Frieden und Demokratie in der Welt einzustehen. Dazu gehört, mehr Verantwortung zu übernehmen, bei robusten Einsätzen und bei Friedensmissionen.

## CDU | KLAUS WEGENER

Die NATO ist das Rückgrat der euro-atlantischen Sicherheit. Deutschland wird seinen Beitrag zur Umsetzung des Konzeptes „NATO 2030“ leisten. Wir Europäer müssen stärker als bisher für Stabilität in unserer Nachbarschaft Sorge tragen und für eine faire Lastenverteilung eintreten. Ich unterstütze explizit das 2% - Ziel der NATO.



Als Friedenspatei machen wir uns weltweit für Abrüstung und für eine Welt ohne Atomwaffen stark. Wir fordern, dass die in Europa und Deutschland stationierten Kernwaffen endlich abgezogen werden. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete lehnen wir grundsätzlich ab. Das gilt auch für die Ostukraine. Die von der

SPD durchgesetzten Rüstungsexportrichtlinien sind hier eindeutig, müssen aber in Zukunft noch verschärft werden. Den Einsatz autonomer tödlicher Waffensysteme lehne ich ab. Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen die bestmögliche Ausrüstung und Ausbildung. Deshalb haben wir der Erhöhung des Verteidigungshaushaltes zugestimmt. Dabei gilt für uns:

## SPD | SABINE POSCHMANN

Ausrüstung statt Aufrüstung! Allerdings bin ich für eine Abkehr vom 2% - Ziel der NATO. Nachhaltigen Frieden erreichen wir nur durch Dialog und Diplomatie. Unser Außenminister Heiko Maas hat die „Allianz für Multilateralismus“ ins Leben gerufen, die bereits wichtige Impulse gesetzt hat.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Wir setzen vorrangig auf die Eindämmung der Konfliktursachen sowie friedliche Streitbeilegung und Friedensförderung. Wo möglich sollen zivile Maßnahmen der Konfliktbearbeitung zum Einsatz kommen. Militär kann dabei Gewalt verhindern oder eindämmen, Konflikte jedoch nie langfristig befrieden. Deswegen fordern wir eine kohärente Politik, die

gemäß dem Grundsatz „Do-No-Harm“ alles unterlässt, was Krisen und gewaltsame Konflikte befördert. Zudem sind die finanziellen, personellen und strukturellen Voraussetzungen für zivile Krisenprävention und Friedensförderung zu stärken.

Eine weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf jährlich 2% des Bruttoinlandsproduktes ist weder für eine adäquate Ausstattung der Bundes-

wehr nötig, noch führt diese langfristig zu mehr Sicherheit in Europa. Haushaltspolitische Prioritäten müssen auf den Prüfstand. Krisenprävention, die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und Zukunftsinvestitionen sind wichtiger denn je. Vor diesem Hintergrund lehnen wir das 2% - Ziel der NATO ab.

## FDP | FRIEDER LÖHRER



Die FDP hat in ihrer Regierungszeit den Umstieg auf eine Freiwilligenarmee durchgesetzt. Diese Weichenstellung ist bis heute richtig. Angesichts der zunehmenden Aggression seitens der Russischen Föderation muss wieder die Bündnisverteidigung in den Mittelpunkt der Anstrengungen

rücken. Insbesondere die baltischen Staaten müssen sich der uneingeschränkten Solidarität der NATO sicher sein können. Zugleich müssen die USA ermutigt werden, mit der neuen Administration erneute Schritte zur Abrüstung mit Russland zu verhandeln.

Die FDP hält angesichts der weltweiten Bedrohungslage und des Erstar-

kens autoritärer Regime eine Stärkung der Verteidigungsanstrengungen für richtig. Entscheidend ist neben den Rüstungsausgaben aber vor allem die Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Streitkräfte.

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER



Weniger Auslandseinsätze, auch keine mittelbare Beteiligung bei Kriegseinsätzen. Gute diplomatische Beziehungen zu problematischen Staaten. Mehr Einsatz bei der Forderung von Einhaltung von Menschen-

rechten in anderen Staaten. Die Bundeswehr sollte nur zur Verteidigung dienen und nur humanitäre Einsätze erfüllen.

Ich bin gegen das 2% - Ziel der NATO. Geld wird dringender in Bildung, Gesundheit und im Sozialstaat ge-

braucht. Ich bin gegen Aufrüstung und gegen Waffenexporte. Man sollte schauen, dass das Geld, was in die Bundeswehr bereits investiert wird, auch effektiv genutzt wird und nicht für Honorare von auswärtigen Beraterfirmen verschwendet wird.

## 2. FLUCHT UND MIGRATION HUMANITÄR AUSRICHTEN?

Flucht und Migration nach Europa und nach Deutschland haben seit 2015 aufgrund der Konflikte in Syrien, Irak und Afghanistan deutlich zugenommen. Eine zwischenzeitliche Beruhigung ist lediglich dem umstrittenen EU-Türkei-Deal von 2016 zu verdanken. Aus vielen afrikanischen Ländern fliehen weiter Menschen vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Viele riskieren dabei ihr Leben auf dem Mittelmeer, Tausende sind dort mittlerweile ertrunken. Aber die grundlegenden Fluchtursachen sind weiter ungelöst und ein gerechtes Verteilungssystem der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union fehlt noch immer.

Die Evangelische Kirche und ihre Diakonie setzen sich konsequent und in ökumenischem Einvernehmen für Geflüchtete ein. Sie orientieren sich dabei an den Menschenrechten und einem konsequenten Schutz des Grundrechts auf Asyl. Kirchenasyl ist ein wichtiges Instrument, auch im Rechtsstaat. Aufgrund der humanitären Katastrophe im Mittelmeer unterstützt die Evangelische Kirche – auch der Kirchenkreis Dortmund – zudem humanitäre Rettungsmissionen im Mittelmeer wie beispielsweise United for Rescue / Sea Watch.

- Was ist aus Ihrer Sicht der wichtigste nächste Schritt in der europäischen Flüchtlingspolitik?
- Wie stehen Sie zu humanitären Rettungsmissionen im Mittelmeer wie Sea Watch?



Die Versorgung von Schutzsuchenden ist eine gemeinsame europäische Herausforderung. Die EU muss mit den Hauptherkunftsländern die Zusammenarbeit intensivieren und Fluchtursachen bekämpfen. Dazu ist eine Partnerschaft mit Afrika und eine Stabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten notwendig. Das EU – Asylsystem muss

reformiert werden. Wir sprechen uns für die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen aus, in denen der Asylanspruch geprüft werden soll. Daraus kann sich eine EU-Behörde entwickeln, die die Mitgliedstaaten unterstützt und Koordinationsaufgaben übernimmt.

Wir brauchen gemeinsame Standards im europäischen Asylrecht und eine

CDU | KLAUS WEGENER

europaweite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen.

Die humanitären Rettungsaktionen finde ich richtig und aktuell unabdingbar. Dennoch ist dies keine dauerhafte Lösung. Diese kann nur in der Bekämpfung der Fluchtursachen und der Schaffung von Lebensperspektiven in den Ursprungsländern liegen.



Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU. Dafür brauchen wir ein funktionierendes Europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilungsmechanismus. Für uns als SPD ist klar, dass das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt werden muss. Daher muss zuallererst das völkerrechtswidrige

Zurückschicken von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen gestoppt werden. Daneben werden wir das Engagement Deutschlands für humanitäre Hilfe ausbauen und Fluchtursachen bekämpfen. Zusammen mit Partnerländern werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass der Globale Pakt für Migration umfassend umgesetzt wird. Private Seenotrettung ist wichtig und darf nicht kriminalisiert werden. In

SPD | SABINE POSCHMANN

Zukunft sollte aber die EU gewährleisten, dass niemand mehr im Mittelmeer ertrinkt. Wir machen uns für legale Migrationswege stark, um Menschenleben nicht unnötig zu gefährden. Dafür werden wir eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und unsere Kommunen unterstützen, wenn sie Geflüchtete aufnehmen möchten.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Wir fordern einen Neuanfang in der Fluchtursachenbekämpfung, mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktprävention. Ein wichtiger Schritt dabei ist eine gerechte und solidarische, an den Möglichkeiten der Aufnahmeländer orientierte Teilung der Verantwortung bei Aufnahme und Verteilung von Schutzsuchenden in Europa. Da-

bei müssen Mindeststandards für die sozialen und rechtsstaatlichen Aufnahmebedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten gewährleistet sein.

Wir setzen uns für eine zivile und flächendeckende, europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung und Unterstützung von Kommunen ein, die aus Seenot Gerettete aufnehmen wollen. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Mitgliedstaat-

ten derzeit nicht möglich erscheint, muss eine „Koalition der Willigen“ vorangehen und einen eigenen Beitrag leisten. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Rettungsinitiativen und wollen, dass die Kriminalisierung und behördliche Behinderung ihrer Arbeit beendet wird.

## FDP | FRIEDER LÖHRER



Wir Freie Demokraten fordern als Kern einer Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik eine verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, es sei denn, sie haben erkennbar keine Bleibeperspektive. Gelingt eine Einigung auf EU-Ebene nicht, sollte

Deutschland mit gleichgesinnten Staaten vorangehen. Staaten, die sich an dieser „Koalition der Willigen“ nicht beteiligen, müssen mit angemessenen Kürzungen von Zuwendungen aus dem EU-Haushalt rechnen. Die Seenotrettung sollte von der Frontex übernommen werden, um endlich das grausame Sterben auf dem Mittel-

meer zu beenden. Solange dies als staatliche Aufgabe nicht gewährleistet ist, dürfen private Stellen nicht behindert werden. Die unter Beteiligung von Frontex erfolgten „Pushbacks“ bedürfen der Aufklärung und erfordern schärfere Mechanismen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen.

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER



Seenotrettung entkriminalisieren. Staatliche Seenotrettung muss im Mittelmeer betrieben werden. Frontex abschaffen. Menschen müssen bedin-

gungslos aus dem Meer gerettet werden. Fluchtursachen, wie Krieg und Klimawandel, bekämpfen und nicht die Geflüchteten. Die Elendslager in Griechenland müssen aufgelöst wer-

den und die Geflüchteten müssen solidarisch in Europa verteilt werden. Humanitären Rettungsmissionen wie Sea Watch stehe ich positiv gegenüber. Ich habe größten Respekt vor dem Engagement der Aktivist:innen.

### 3. ARMUTSBEKÄMPFUNG ERNEUERN?

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt fest, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt. Die Daten zeigen, dass sich der seit 2005 eingeschlagene Weg eines sanktionsbewehrten „Förderns und Forderns“ als Sackgasse herausgestellt hat. Denn er verbessert die Situation der Betroffenen nicht nachhaltig, wird als System der Entmutigung erlebt und ermöglicht ein Leben mit sozialer Teilhabe nur unzureichend.

Kirche und Diakonie engagieren sich in vielfältiger Weise gegen Armut und soziale Ungleichheit. Sie sind Träger von Projekten zur Arbeitsmarktintegration und Sozial- und Schuldnerberatung, organisieren Sozialkaufhäuser, Kleiderkammern, Tafeln und Suppenküchen. Die Diakonie Deutschland schlägt jetzt vor, die Armutsbekämpfung in Deutschland neu aufzustellen. Empfohlen wird eine sanktionsfreie und ausreichende Existenzsicherung, verbunden mit anreizorientierten arbeitsmarktpolitischen Hilfen und besseren Angeboten zur Sozialberatung.

- Welche Maßnahmen halten Sie für wesentlich zur Überwindung der Armut in Deutschland?
- Wie stehen Sie zum Hartz-IV-System?



Wir haben mit der Grundrente dafür gesorgt, dass kleine Renten nach langer Erwerbstätigkeit bedarfsgerecht aufgestockt werden, um ein Leben in Würde ermöglichen. Wir wollen, dass Bezieher staatlicher Transferleistungen im Rentenalter grundsätzlich in ihrem Wohneigentum bleiben und eine angemessene Notlagenreserve

behalten können. Betriebliche Altersvorsorge für alle ist unser Ziel. Bei der privaten, staatlich geförderten Altersvorsorge brauchen wir einen Neustart. Zum Beispiel mit einem Standardvorsorgeprodukt, welches verpflichtend für alle Arbeitnehmer:innen ist, (mit Widerspruchsoption). Wir wollen eine neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge etablie-

CDU | KLAUS WEGENER

ren, z.B. die Generationenrente. Wir sind gegen das bedingungslose Grundeinkommen. Berufliche Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung ist das Mittel, um aus Hartz IV in ein eigenverantwortliches Leben zurückzukehren. Wir stehen zum Fördern und Fordern.



Der beste Schutz vor Armut ist gute Arbeit. Deswegen wollen wir den Mindestlohn auf 12 Euro anheben, die Tarifbindung stärken und sachgrundlose Befristung abschaffen. Außerdem brauchen wir ein „Recht auf Arbeit“, also Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für alle sowie eine Ausbildungs-

garantie. Hartz IV werden wir durch ein Bürgergeld ersetzen, bei dem die Regelsätze Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen. Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen schaffen wir ab. Außerdem wird es mit uns eine Kindergrundsicherung geben, die aus einer guten Infrastruktur sowie aus einem armutsfesten, gestaffelten Kindergeld besteht.

SPD | SABINE POSCHMANN

Das Hartz-IV-System ist seit längerem überholt, weshalb nun ein Neuanfang her muss. Wir wollen einen Sozialstaat, der Dienstleister für die Bürger:innen ist. Das heißt Beratung und Hilfe auf Augenhöhe. Der Staat hat eine Bringschuld – nicht andersherum. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Zur Armutsbekämpfung braucht es ein Zukunftsprogramm: gute Löhne, einen höheren Mindestlohn, mehr Tarifbindung und Stärkung der Sozialversicherungen. Jedes fünfte Kind lebt immer noch in Armut. Das heißt auch die derzeitigen Familienleistungen schützen nicht ausreichend. Wir fordern daher die Einführung einer Kindergrundsicherung. Um

Altersarmut einzudämmen wollen wir die von der Großen Koalition im letzten Jahr beschlossene Grundrente zu einer Grünen Garantierente weiterentwickeln. So bekämen Menschen mit langjährigen Beitragszahlungen auf unterdurchschnittliche Einkommen nach 30 Versicherungsjahren eine Mindestrente, die bei rund 1.000 Euro monatlich läge.

Statt Selbstbestimmung zu fördern, schränkt Hartz IV die Freiheit ein. Deswegen wollen wir eine Garantiesicherung einführen und damit Hartz IV überwinden. Statt die Menschen zu sanktionieren, sollen sie ermutigt werden, individuelle Hilfe und Weiterbildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Zudem wollen wir die Regelsätze anheben.



Bildung ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen, ein selbstbestimmtes Leben und die Chance zum sozialen Aufstieg. Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch sein volles Potential ein Leben lang ausschöpfen kann. Mein wichtigstes Ziel: Viele sozialpädagogisch geschulte Lernprozessbeglei-

terinnen und -begleiter den jungen Menschen zur Seite stellen. Bin selbst Pate mit einem Aufstiegsscout in einem solchen Modell.

Wir Freie Demokraten wollen das Liberale Bürgergeld. Wir wollen verschiedene steuerfinanzierte Sozialleistungen – darunter auch das ALG II – in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen.

## FDP | FRIEDER LÖHRER

Dazu gehören: 1. Gerechte Hinzuverdienstregeln, 2. Für Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, bis zur Höhe eines Minijobs nichts anrechnen. Wir Freie Demokraten wollen das Schonvermögen in der Grundsicherung ausweiten. Wir wollen, dass sich Eigenverantwortung und Anstrengung auszahlen.



## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER

Chancengleichheit! Alle Kinder müssen in Bildung und Entwicklung die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben. Es darf nicht, wie jetzt vorherrschend, vom Einkommen der El-

tern abhängen, welchen Bildungsstandard sie erreichen und welchen Beruf sie ergreifen.

Weg mit Hartz IV! Hartz IV muss überwunden werden und wir brauchen eine

sanktionsfreie solidarische Mindestsicherung von 1200 Euro.

## 4. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SICHERN?

Wohnen ist in Deutschlands Großstädten zu einer zentralen Frage sozialer Gerechtigkeit geworden. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Besonders betroffen sind die einkommensschwächsten 20% der Bevölkerung, die im Schnitt etwa 40% des Haushaltseinkommens für Miete aufwenden müssen. Der Wohnungsmangel betrifft aber mittlerweile auch mittlere Einkommen.

Die Diakonie engagiert sich konkret für solche Menschen, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat jetzt aber auch grundsätzliche Überlegungen zur nachhaltigen und fairen Gestaltung des Wohnungsmarktes unter der Überschrift „Bezahlbar wohnen“ vorgelegt. Sie fordert zum Beispiel eine angemessene Ausgestaltung des Wohngeldes, aber auch eine gezielte kommunale Bodenpolitik zur Preisdämpfung für das Bauen. Vor allem setzt sie sich für die verstärkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ein. Dafür zu sorgen, dass jederzeit bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, sei eine öffentliche Aufgabe.

- Wie müssen aus Ihrer Sicht die wohnungspolitischen Weichen gestellt werden, um nicht nur für mehr, sondern für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen?
- Wie stehen Sie zum öffentlich geförderten Wohnungsbau?



Unser Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Wir führen unsere Wohnraumoffensive fort. Der beste Mieterschutz ist ausreichender Wohnraum. Wir lehnen den Mietendeckel ab, denn nur wenn das Wohnungsangebot steigt, können Mieten stabil bleiben.

Wir werden den sozialen Wohnungsbau weiter fördern und das Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Beim sozialen Wohnungsbau werden wir mit den Ländern erörtern, ob sie auf jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und zweckgebunden einsetzen. Wir werden die erforderlichen Investitionen in den

### CDU | KLAUS WEGENER

altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnraum zum Beispiel über KfW-Programme unterstützen. Wir wollen mehr Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren. Dabei soll geprüft werden, ob z. B. landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung gestellt werden und die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestiert werden können.



Um Mieterinnen und Mieter weiter zu entlasten, haben wir die Mietpreisbremse verlängert und verschärft. Zusätzlich brauchen wir ein befristetes Mietemortatorium für angespannte Wohnlagen. Das bedeutet, dass die Miete dort nur im Rahmen der Inflationsrate steigen kann. Zudem wollen wir eine

Wohnungsgemeinnützigkeit und somit ein nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt einführen. Wer preisgünstigen Wohnraum anbietet, soll z. B. steuerlich begünstigt werden. Öffentlich geförderter Wohnungsbau ist unerlässlich. Unser Ziel sind 400.000 Wohnungen pro Jahr, wovon

### SPD | SABINE POSCHMANN

100.000 Sozialwohnungen sein müssen. Pro Jahr müssen mindestens eine Milliarde Euro für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden, denn die Hälfte aller Haushalte in Deutschland hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Das muss unser Maßstab sein.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Mit der grünen Wohnraumoffensive wollen wir bezahlbare Wohnungen erhalten, eine Million neue, günstige Mietwohnungen schaffen und auf Dauer sichern. Dazu wollen wir ein Gesetz und ein Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ in Höhe von 3 Milliarden Euro im Jahr auflegen. Zudem haben wir zur Aktivierung von Bauflächen das Pro-

gramm Bauflächenoffensive, für ein „Hunderttausend- Dächer- und- Häuser- Programm“ aufgelegt.

Mit unserem Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ erhalten am Gemeinwohl orientierte Investorinnen und Investoren einen Investitionszuschuss bis zu 20 Prozent für jede neue dauerhaft günstige Wohnung sowie für Modernisierungen und Ankäufe. Für diese Unternehmen und

ihre wohngemeinnützigen Aktivitäten entfallen zudem die Grunderwerbssteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und Umsatzsteuer. Im Gegenzug vermieten sie die geförderten Wohnungen an Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und zwar dauerhaft unterhalb der ortsüblichen Miete.



Wer in eine teure Wohnung zieht, macht meist eine günstige frei. Daher ist die erste Priorität, das Bauen generell attraktiver zu machen. Wir Freie Demokraten wollen die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu wollen wir die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein digitales und teilautomatisiertes

Baugenehmigungsverfahren entwickeln. Die Bauordnungen aller Länder müssen harmonisiert werden. Dann funktioniert auch wieder Angebot und Nachfrage.

Wir Freie Demokraten wollen für Menschen mit niedrigem Einkommen Zugang zu günstigem Wohnraum schaffen. Dazu muss sich die soziale Wohnraumversorgung gezielt an der Mieterin bzw. dem Mieter orientie-

## FDP | FRIEDER LÖHRER

ren. Wir wollen zahlungsschwachen Wohnungssuchenden den Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe eines verbesserten Wohngeldes erleichtern. Der öffentliche Wohnungsbau sollte sich vor allem an Menschen richten, die neben den Finanzen auch andere Hemmnisse auf dem Wohnungsmarkt haben.

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER



Viel mehr staatliches Bauen von sozialem Wohnraum. Einen bundesweiten Mietendeckel gegen die wuchernden Mietpreise. Großkonzerne, die horrend Rendite mit Wohnungen machen und somit das Allgemeinwohl belas-

ten, vergesellschaften als ultima ratio.

Dem öffentlich geförderten Wohnungsbau stehe ich positiv gegenüber. Ich bin für eine Schaffung von kommunalen und landeseigenen Woh-

nungsbaugesellschaften zur Umschiffung der Schuldenbremse und Schaffung von Sozialwohnungen.

## 5. KLIMAWANDEL STOPPEN!?

Die Hochwasserkatastrophe vor einigen Wochen hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Auswirkungen des Klimawandels schon spürbar sind. In einem bemerkenswerten Urteil vom März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass der Klimaschutz nach Art. 20a GG eine wichtige Aufgabe des Staates ist und das geltende Klimaschutzgesetz von 2019 als unzureichend kritisiert. Der Bundestag hat daraufhin mit den Stimmen der Regierungskoalition Nachbesserungen beschlossen. Ein wichtiger Faktor der Energieversorgung ist der Ausbau der Windenergie. Die NRW-Landesregierung verfolgt das Ziel, das Abstandsgebot für Windräder auf 1000 Meter festzulegen.

Die Ev. Kirche setzt sich seit Jahren für die Bewahrung der Schöpfung, für das Leitziel Nachhaltigkeit und eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels ein. Kirchliche Klimaschutzprogramme wurden entwickelt, zum Beispiel in der Westfälischen Landeskirche. Kirchliche Umweltpersonen fordern zudem eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die sozialverträglich ist und alle Sektoren – Strom, Wärme und Verkehr – umfasst. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wurde zuletzt auf 25 Euro/Tonne festgesetzt (bis 2025 auf 55 Euro/t ansteigend).

- Welche Ziele verfolgen Sie hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Bepreisung?
- Wie stehen Sie zur Debatte um das NRW-Abstandsgebot für Windräder (neuerdings 1000 m)?



Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente als Leitinstrumente, wie den Emissionshandel und kompensieren dadurch entstehende Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität. Aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und In-

dustrie wollen wir den europäischen Emissionshandel im Luftverkehr stärken und in Sektoren wie Mobilität, Wärme und Schiffsverkehr so schnell wie möglich etablieren. Davon ausgehend streben wir einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen

### CDU | KLAUS WEGENER

und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.

Hinsichtlich des NRW-Abstandsgebots für Windräder bin ich dafür, den Kommunen weitreichende Mitspracherechte einzuräumen. Die Entscheidungen hierzu sollten vor Ort getroffen werden.



Wir haben den Kohleausstieg beschlossen und mit dem Klimaschutzgesetz ehrgeizige Ziele vorgelegt: Deutschland wird bis spätestens 2045 klimaneutral. Um das zu erreichen, müssen wir jetzt den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv voranbringen. Gleichzeitig muss der CO<sub>2</sub>-Preis moderat steigen, um Anreize für klima-

schonendes Verhalten zu setzen. Damit möglichst schnell regenerative und bezahlbare Alternativen zur Verfügung stehen, brauchen wir mehr Strom aus Wind- und Sonnenenergie. Allein bis 2030 sind jährlich ungefähr 10 TWh Strom nötig – das entspricht dem Stromverbrauch von Hamburg. Ein Abstandsgebot für Windräder ist deshalb unverantwortlich und zeigt,

### SPD | SABINE POSCHMANN

wie inkonsequent die CDU beim Klimaschutz ist. Wir hingegen wollen, dass zwei Prozent der Landesfläche in allen Bundesländern für mehr Windkraft an Land ausgewiesen werden. Um eine höhere Akzeptanz vor Ort zu erreichen, werden wir die Kommunen und die Bürger:innen darin unterstützen, die Energiewende zu ihrem Projekt, zu ihrem Gewinn zu machen.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis direkt an die Bürger:innen in Form eines Energiegeldes pro Kopf zurückgeben. So werden Geringverdiener:innen und Familien entlastet, da diese meist einen kleinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck haben. Bezieher:innen von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren eben-

falls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird. Um Pendler:innen mit niedrigen Einkommen beim Umstieg auf Bus und Bahn oder ein emissionsfreies Fahrzeug zu unterstützen, legen wir einen Fonds auf.

Wir brauchen viel mehr Windräder. Wir wollen in einem ersten Schritt die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit defi-

nieren und dafür ein bundesweites 2-Prozent-Flächenziel verankern. Abstandsregelungen für Windräder lehnen wir dagegen entschieden ab. Insgesamt muss der Ausbau im Einklang mit Natur- und Artenschutz erfolgen. Wichtig ist zudem, dass die Kommunen von den Erlösen der Windenergie profitieren.



Die FDP will einen harten CO<sub>2</sub>-Deckel für alle Sektoren, plus freier Preisbildung durch einen Emissionshandel. Das bedeutet, dass der komplette Wärme- und Verkehrsbe- reich sowie zum Beispiel auch die Landwirtschaft einbezogen werden sollen. Statt staatlicher CO<sub>2</sub>-Preisfest-

setzung wollen wir den knappheitsge- rechten Preis durch den Markt ermit- teln lassen. Das fördert die Anreize für technologische Innovation. Die zugelassene CO<sub>2</sub>-Menge soll jährlich und planbar so sinken, dass die Zie- le des Pariser Klimaschutzabkommens eingehalten werden können.

Klimaschutz muss mit dem Schutz der

Biodiversität, dem Lärm- und Land- schaftsschutz und dem Gesundheits- schutz von Menschen Hand in Hand gehen. Die Abstandsregelung ist ein angemessener Kompromiss zwischen den genannten Schutzzielen.

## FDP | FRIEDER LÖHRER



Die CO<sub>2</sub>- Steuer be- lastet nur die Armen, die auf das Benzin an- gewiesen sind, um zur Arbeit zu kom- men. Reiche können sich immer noch den Sprit leisten und werden ihren Konsum daher nicht einschränken. Zu- dem sind Steuern nicht zweckgebun- den, sodass eine Förderung der Klima-

ziele durch diese Einnahmen für die Politik nicht zwingend ist. Es muss Bürger:innen eine Alternative geboten werden durch guten und kosten- losen ÖPNV sowie Subventionierung von alternativem Individualverkehr. Positive Anreize schaffen, statt Gei- ßelung der Armen.

Der Gesundheitsschutz der Bürger:in-

nen hat Vorrang. Wenn Gesundheits- schutz auch durch 800 Meter (Ab- stand) sichergestellt werden kann, dann ist auch dies sinnvoll. Wir kom- men jedoch nicht drumherum, alter- native Energiequellen zu schaffen, um schnell klimaneutral zu werden.

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER

## 6. MOBILITÄTSWENDE ERMÖGLICHEN?

Das Thema Mobilitätswende spielt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Bemühen um Klimaneutralität. Diskutiert werden eine Neuausrichtung des Verkehrssektors und der Mobilitätswirtschaft und die generellen Ziele und Wege einer solchen Umorientierung in Deutschland. Es geht um Senkung der schädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen, des Energieverbrauchs sowie Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung des Verkehrs.

Auch die Evangelische Kirche beschäftigt sich schon länger mit Mobilitätsfragen. So hat vor einiger Zeit eine ostdeutsche Landeskirche eine Petition für ein Tempolimit von 130 km/h auf den Autobahnen gestartet. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in diesem Jahr mit anderen das „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ gegründet. Dort tritt sie ein für eine sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende.

- Welches Instrument ist aus Ihrer Sicht das Wichtigste für eine Mobilitäts- und Verkehrswende?
- Wie stehen Sie zu einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen?



Eine starke Schiene und ÖPNV sind ein bedeutender Faktor für die Dekarbonisierung des Verkehrs. Dazu werden wir Lücken im Streckennetz schließen und Strecken elektrifizieren. Wir werden den Umstieg in emissionsfreie Mobilität attraktiv gestalten und setzen neben der Elektromobilität auch auf syntheti-

sche Kraftstoffe. Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste wollen wir bei der Umstellung und bei Ladesäulen unterstützen. Ein Dieselfahrverbot lehnen wir ebenso ab, wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und setzen auf innovative Verkehrssteuerung. Schnellladesäulen müssen bundesweit innerhalb von zehn Minuten erreicht und das Bezahlsystem

CDU | KLAUS WEGENER

sowie die Anschlüsse vereinfacht und standardisiert werden. Ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr ist ein Muss – auch auf dem Land. Digitale Echtzeitinformationen mit alternativen Empfehlungen für die Weiterfahrt sind selbstverständlich. Mobilitätsservices, Sharing-, Roller-, Rad- und Fußverkehr müssen integriert werden.



Egal ob auf dem Land oder in der Stadt, jeder Mensch hat das Recht auf einen Anschluss an den öffentlichen Verkehr. Deshalb wollen wir eine Mobilitätsgarantie einführen. Unser Schwerpunkt ist dabei der Schienenverkehr, den wir mit einem Mobilitätsplan 2030 auf ein neues Niveau bringen wollen. Zugfahren muss attraktiver und günstiger sein als

Fliegen. Dafür werden wir alle Großstädte an das Fernverkehrsnetz anbinden und neue Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer einrichten. Die Deutsche Bahn muss sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und sich am Gemeinwohl ausrichten. Dazu gehört, alte Bahnstrecken zu reaktivieren. Um den Klimaschutz voranzubringen, wollen wir bis 2030 mindestens 75 Prozent der

SPD | SABINE POSCHMANN

Schienen elektrifizieren. Kommunen werden wir mit einem Austauschprogramm unterstützen, damit bis 2030 alle Busse und Bahnen im Nahverkehr klimaneutral fahren.

Ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen unterstütze ich, weil es nachweislich die Umwelt schützt und Unfallzahlen senkt.

---

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Es braucht eine umfassende Verkehrswende, durch die wir Mobilität neu gestalten können. Dazu haben wir Grüne im Bundestag zahlreiche Initiativen eingebracht für besseren Bahnverkehr, die Förderung von Elektroautos, den Ausbau von Radwegen, den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und für gezielte Investitionen in ein umwelt-

freundliches Verkehrssystem. Verkehrspolitik muss jetzt einen neuen Stellenwert bekommen für lebenswerte Städte und Klimaschutz.

Wir setzen uns für die allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Autobahnen ein. Eine solche Regelung verhindert große Geschwindigkeitsunterschiede und dadurch verursachte gefährliche Verkehrssituationen. Sie sorgt für einen effizien-

teren Verkehrsfluss und verringert Staus. Weiterhin unterstützt ein Tempolimit die Ausweitung von Elektromobilität und Automatisierung sowie grundsätzlich eine Veränderung der Verkehrskultur, die nicht länger auf das mögliche Ausfahren von PS- und Geschwindigkeitspotenzialen abzielt.



Statt Mobilität zu verbieten, muss sie klimafreundlicher werden. Die FDP spricht sich gerade in Dortmund für den massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus, inklusive On-Demand-Angebote für digital ge-

steuerte Sammeltaxis. Beim Individualverkehr müssen die politischen Anreize offen für alle klimafreundlichen Technologien sein und neben Elektromobilität auch Wasserstoff und alternative Kraftstoffe einbeziehen.

Die FDP lehnt ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Es ist kein verhältnismäßiges Mittel zum Klimaschutz.




---

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER

Kostenloser und ausgebauter ÖPNV. Starke Förderung von Alternativen

zum Individualverkehr. Ausbau von Ladestationen für Elektroautos.

Ich unterstütze ein Tempolimit von 130 km/h auf der Autobahn. Es schützt Menschen und die Umwelt.

## 7. DEMOKRATIE VERTEIDIGEN, ABER WIE?

Die liberale Demokratie und der Rechtsstaat scheinen in Europa und den USA nicht so selbstverständlich wie lange gedacht. Die Präsidentschaft Trumps und der Sturm auf das Capitol, die Untergrabung von Rechtsstaat und Pressefreiheit in Polen und Ungarn sind dafür Beispiele, aber auch das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in etlichen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland. Populismus und illiberale Haltungen bedrohen die Demokratie von innen. Auch eine sinkende Wahlbeteiligung deutet auf eine wachsende Entfremdung von der Demokratie hin.

Die Evangelische Kirche hat aufgrund ihrer Verflechtung mit der Obrigkeit lange gebraucht, den Wert der Demokratie anzuerkennen. Heute vertritt sie die Überzeugung, dass das christliche Menschenbild und die evangelische Sozialethik ein klares Bekenntnis zur Demokratie nach dem Grundgesetz fordern. Mit Sorge sieht sie die aktuellen Bedrohungen der Demokratie.

- **Demokratie braucht Demokrat:innen. Haben Sie Ideen, wie den Bürger:innen der Wert der Demokratie wieder deutlicher gemacht werden kann?**
- **Sollte für eine bessere Wahlbeteiligung vielleicht eine Wahlpflicht eingeführt werden?**



Zur Demokratie gehört Meinungsfreiheit. Wir wollen mit gezielter Bildungsarbeit und mit allen Mitteln, die dem wehrhaften Rechtsstaat und einer demokratischen Gesellschaft zur Verfügung stehen, darauf hinwirken, dass jede problematische Entwicklung im persönlichen Umfeld frühzeitig erkannt und begegnet werden kann, insbesonde-

re in Schulen, Vereinen und Sozialen Netzwerken. Zur Extremismusbekämpfung sind alle notwendigen Instrumente zu nutzen: Verbote von verfassungsfeindlichen Organisationen und Vereinen, Verbote von Symbolen des Hasses und des Terrors, Einreise- und Aufenthaltsverbote, Ausweisungen, Abschiebungen und Grundrechtsverwirkungen. Demokratie lebt von der Kontroverse, Kritik und Protest. Die

### CDU | KLAUS WEGENER

Grenze ist aber überschritten, wenn Kommunalpolitiker und andere Repräsentanten des Staates angegriffen werden.

Ich bin gegen eine Wahlpflicht, sondern stattdessen für die Herausstellung der Vorzüge unseres demokratischen Rechtsstaats und der damit einhergehenden Bürgerrechte und -pflichten.



Den Wert unserer Demokratie vermitteln vor allem engagierte Menschen vor Ort. Um langfristige zivilgesellschaftliche Netzwerke zu entwickeln und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, haben wir das Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht. Leider hat die Union diesen

Vorschlag blockiert. Darüber hinaus wollen wir das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ausbauen – eine tragende Säule der Präventionsarbeit. Dortmund beteiligt sich an dem Programm und zeigt, wie wichtig solche Maßnahmen sind. Außerdem werden wir die politische Bildung stärken und den Zugang dazu erleichtern. Ehrenamtliches Engagement ist ein wichti-

### SPD | SABINE POSCHMANN

ger Grundpfeiler unserer Demokratie, auch bei uns in Dortmund. Mit der Erhöhung der Ehrenamtszuschale haben wir diesen Einsatz gewürdigt. In Zukunft werden wir das Ehrenamt weiter unterstützen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Menschen mit Konzepten und Ideen für Politik begeistern können. Deshalb lehne ich eine Wahlpflicht ab.

---

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler:innen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur

Willensbildung. Deswegen wollen wir Grüne, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz in der nächsten Legislaturperiode wollen wir ihr Engagement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern. Das Recht auf allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wah-

len ist Kernstück unserer demokratischen Grundordnung. Bündnis 90/Die Grünen werben dafür, dass möglichst viele Menschen, dieses grundlegende und in der deutschen Geschichte schwer errungene Recht auch wahrnehmen. Dies sollten die Menschen aber in freier Entscheidung tun.



Die FDP sieht hier zwei Hauptansatzpunkte. Zum einen die Stärkung des Vertrauens in das Handeln der Politiker am Bürger. Zum anderen das nüchterne, ehrliche Aufzeigen der Zusammenhänge und des damit verbundenen Netzes, in dem wir gemeinsam aufeinander angewie-

sen sind. Im Sinne der Kirche, alle – unabhängig von Glaube und Religionszugehörigkeit – als Kinder Gottes. Die FDP sieht neben der Freiheit das Netz der Sozialen Marktwirtschaft als den Garanten für unsere Demokratie. Es heißt nicht Marktwirtschaft und nicht Sozialwirtschaft. Es ist der Ausgleich der Interessen, der aber auch

den jeweiligen Respekt der jeweiligen, anderen Teilseite der Münze verdient.

Nein, eine Wahlpflicht sollte nicht eingeführt werden. Neben grundsätzlichen Verfassungsbedenken, zeigen Länder mit Wahlpflicht keine bessere Entwicklung im Blick auf demokratische Teilhabe, als die Länder ohne Wahlpflicht.




---

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER

Es braucht in der Schule ein eigenes Fach Demokratie, in dem gelehrt wird, wie man debattiert und lernt wie wertvoll Demokratie ist und warum

wir sie brauchen. Man sollte die Freiheit haben selbst zu entscheiden, ob man wählen geht. Wenn man der Meinung ist, dass es keine Partei gibt, die

eigenen Positionen vertritt, muss man die Freiheit besitzen nicht zu wählen.

## 8. RECHTSPOPULISMUS ENTGEGENTRETEN?

In einem bisher nicht gekannten Ausmaß hat sich in Deutschland eine politische Kraft mit rechtspopulistischer, teilweise sogar rechtsextremistischer Ausrichtung in den Parlamenten festgesetzt. Teile der AfD werden zwar vom Verfassungsschutz beobachtet, trotzdem hat sie beachtliche Wahlerfolge erzielt – in manchen Bundesländern konnte sie nahezu ein Drittel der Wählerschaft gewinnen. Diese Partei wird voraussichtlich für längere Zeit ein relevanter Teil des politischen Systems bleiben.

Die Kirche in Dortmund und Lünen hat sich eingehend mit dem Parteiprogramm der AfD beschäftigt und diese Analysen sogar veröffentlicht. Zudem hat die Dortmunder Kreissynode erklärt: Rechtspopulismus ist keine Option. Denn die Grundüberzeugungen des Rechtspopulismus und des christlichen Glaubens passen nicht zueinander. Das ergibt sich u.a. aus dem christlichen Menschenbild und dem biblischen Verständnis von Nächstenliebe.

- Was ist Ihr Konzept gegen den politischen Rechtspopulismus?
- Wie würden Sie sich verhalten, wenn Ihre Partei Absprachen mit der AfD im Bundestag eingehen möchte?



Wir treten jeder Form von Extremismus und Rassismus, jeder Form von Gewalt und Terror, entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. Der Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und freiheit-

lich-demokratische Grundordnung. Wir setzen uns dafür ein, Spezialeinheiten der Polizei für sogenannte „Cold Cases“ zu schaffen, um ungeklärte schwere Straftaten mit möglicherweise rechtsextremistischem Hintergrund auf neue Ermittlungsansätze zu überprüfen. Es liegt in unserer Verantwortung, antisemitischem Hass entschlossen entgegenzutreten. Wir

CDU | KLAUS WEGENER

müssen Antisemitismus klar benennen und bekämpfen. Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bundesregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten. Absprachen der CDU mit AfD sind für mich nicht tolerierbar.



Der wachsende Rechtspopulismus ist eine große Gefahr für unsere Demokratie. Wir müssen daher versuchen, die Menschen wieder zurückzugewinnen, in dem wir Antworten geben, Ängste nehmen und Lösungen anbieten. Das schaffen wir nur, wenn wir drängende Probleme angehen: die wachsende soziale Ungleichheit, den Klimawandel und

die Spaltung zwischen Stadt und Land. Dafür müssen wir Vermögen endlich gerecht besteuern und die Mittelschicht entlasten. Durch mehr Tarifverträge, Weiterbildungen und einen Mindestlohn von 12 Euro werden wir gute und sichere Arbeit schaffen. Wichtig ist, dass wir niemanden für einen bestimmten Lebensstil verurteilen, sondern die Menschen bei den kommenden Veränderungen mit-

SPD | SABINE POSCHMANN

nehmen. Beim Klimawandel bedeutet das konkret, den CO<sub>2</sub>-Preis moderat zu erhöhen und Geringverdienende zu entlasten.

Für mich und meine Partei ist klar, dass wir jede Art der Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen. Die SPD wird immer standhaft gegen Rechts und wird es auch in Zukunft bleiben.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Wir stehen seit unserer Gründung gegen Nationalismus und Rechtsextremismus ein und setzen uns mit rechtspopulistischer Politik auseinander. Dabei arbeiten wir uns nicht an rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen ab, sondern streiten für unsere eigenen Ziele. Wir arbeiten an progressiven Antworten auf die tatsächlichen Fragen unserer

Zeit – für eine ökologische, weltoffene, demokratische und feministische Gesellschaft. Wir kommunizieren werbetreibend und halten an einer diskriminierungsfreien Sprache fest. Hass und Hetze lassen wir nicht unkommentiert. Demokratiefeindlichen, antimuslimischen, rassistischen, antisemitischen oder menschenverachtenden Aussagen widersprechen wir klar und direkt. Wir wirken damit

einer schleichenden Normalisierung solcher Positionen entgegen und zeigen Widersprüche in Positionen und Verhalten von rechtspopulistischen Akteuren klar auf.

Unser Ziel ist es, die Demokratie zu schützen und zu stärken. Eine Absprache mit der AfD im Bundestag wird es nie geben.



Das beste Konzept ist immer ein eigenes, also nicht das Argumentieren und Palavern gegen, sondern das Aufzeigen und Erläutern der eigenen Vision. Wir als FDP stehen für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. Dies muss für alle Menschen in unserem Land gelten und möglich sein. Allein dies ist mit jeder

Form von Populismus nicht vereinbar. Das Menschenbild ist der Unterschied. Ich erlaube mir aber hier auch darauf hinzuweisen, dass es solche Verfehlungen in unserem Land zur Genüge auch aus christlichem Bild in den letzten 1.000 Jahren gegenüber Juden gegeben hat. In drei Jahren wird es 725 Jahre zurückliegen, dass die Freie Reichsstadt Dortmund mit der

Reichsacht belegt wurde, weil die hier ansässigen Juden im Schutz dieser mutigen Stadt (!) ihren ‚Zahlungen‘ nicht nachgekommen sind. Ein faszinierendes Thema!

Der Bundesvorstand der FDP hat klar beschlossen, dass es keine Form der Zusammenarbeit mit der AfD geben wird. Die Frage stellt sich daher überhaupt nicht.

## FDP | FRIEDER LÖHRER



Mehr staatliche Projekte zur Aufklärung gegen Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit. Konsequente soziale Ächtung. Konsequente Strafverfolgung von rassistischen und an-

tisemischen Handlungen und Verbot von rechtsextremen Vereinigungen und Parteien.

Ich würde gegen eine Absprache meiner Partei mit der AfD stark protestie-

ren und im Zweifel aus der Partei austreten.

## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER

## 9. MIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE KOOPERIEREN?

Gesellschaftliche Verantwortung und praktizierte Nächstenliebe gehören aus evangelischer Sicht zum christlichen Glauben dazu. Darum engagieren sich auch Kirchengemeinden, Kirchenkreise und die Diakonie in vielfältiger Weise sowohl für das Gemeinwesen, als auch für bedürftige Einzelne. Kirche und Diakonie setzen sich in der Region konkret für eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, den Abbau sozialer Unterschiede und gleiche Lebenschancen ein, aber auch für Demokratie und Menschenrechte von Geflüchteten.

- Welche Kooperationsmöglichkeiten und gemeinsamen Anliegen sehen Sie zwischen Ihnen und der Evangelischen Kirche bzw. der Diakonie?
- Gibt es einen konkreten Wunsch an die Evangelische Kirche in der Region?



Wir bekennen uns zum bewährten Konzept des Religionsverfassungsrechts und zum Kooperationsmodell zwischen Kirche und Staat. Religionsfreiheit kann es nur auf dem Boden des Grundgesetzes geben, das dieser Freiheit Ausdruck verleiht. Wir haben Vertrauen in das Potenzial von Religion, Werte zu vermitteln und ei-

nen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hineinzuwirken, muss daher unantastbar bleiben. Wir setzen uns für die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit aller Menschen ein. Diese Religionsfreiheit verstehen wir in einem positiven Sinne: Religionen sollen in der Öffentlichkeit eine

CDU | KLAUS WEGENER

starke Stimme sein. Dazu gehören der regelmäßige Austausch und der Dialog mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften dieses Landes. Die Vermittlung christlicher Werte ist ein gemeinsames Anliegen, dazu könnten Kirche und nichtkirchliche Institutionen stärker kooperieren.



Zwischen der Evangelischen Kirche und der SPD gibt es viele Gemeinsamkeiten. Wir setzen uns beide für das Wohl der Menschen ein, machen uns für gelingende Integration und gegen Rechtspopulismus stark. Hier können wir weiterhin sinnvoll zusammen arbeiten. Zudem wollen

wir gemeinsam mit den Kirchen einen Weg erarbeiten, ihr Arbeitsrecht dem allgemeinen Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung anzugleichen. Der allgemeinverbindliche Tarifvertrag für die Altenpflege wäre hier ein guter Anfang gewesen. Leider wurde er von anderer Seite blockiert.

SPD | SABINE POSCHMANN

Die Diakonie und die Evangelische Kirche leisten wichtige Arbeit in Dortmund. Ich möchte, dass das so bleibt! Und dass sie vor allem im Kampf gegen Rechtspopulismus weiterhin so präsent bleiben.

## DIE GRÜNEN | MARKUS KURTH



Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Sie verleihen unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Für die Arbeit mit Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Kindern sind auch die kirchlichen Träger in vielen Fällen wichtige Ansprech- und Kooperationspartnerpartner:innen. Ihre tatkräftige Unterstützung, wenn es um Seeno-

betreuung, Wohnungslosenhilfe und die Integration von Geflüchteten geht, sind gesellschaftlich wichtig.



Langfristig liegt die Zukunft dieses Landes und für den Kirchenkreis Dortmund in der nächsten Generation. Bildung von Herz, Verstand und Körper für die verschiedenen beruflichen Chancen sind das wertvollste, was wir unseren Kindern mitgeben können: Werte, Fertigkeiten, Fähigkeiten, Mut, Vertrauen, Zuversicht. Dafür müssen wir uns ge-

meinsam einsetzen. Insbesondere sind schulbesuchende Kinder und Jugendliche aus Hartz IV zu betreuen. Diese jungen Menschen werden davon in den kommenden 50 Jahren noch betroffen sein.

Der wichtigste Wunsch betrifft die ‚Zurechtrückung‘ der Übersetzung des Schöpfungsberichtes. Denn hier liegen einige programmierende Gründe für unsere heutige Welt. Hier öffnet

## FDP | FRIEDER LÖHRER

sich ein Gebiet für einen öffentlichen, intensiven, regelmäßigen Dialog. Dazu reiche ich Hand, Herz und Verstand. Ich bin kein Theologe oder Philosoph. Ich bin Wanderer, zurzeit auf dem Weg nach Yerushalayim, habe dort Zeit, nachzudenken, zu beobachten, hinzuhören, aufzunehmen, zu hinterfragen.



## DIE LINKE | ANN-CHRISTIN HUBER

Gemeinsame Aktionen und Forderungen gegen (Kinder-) Armut, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ab-

leismus, für Frieden und Solidarität. Mein Wunsch: Sich mehr in der Öffentlichkeit gegen Menschenfeind-

lichkeit und Rechtsextremismus positionieren und Druck auf die Politik ausüben.

# SCHRIFTEN VON KIRCHE UND DIAKONIE ZU DEN ANGESPROCHENEN THEMEN

*Die Ziffern zu Anfang verweisen auf den jeweiligen  
Wahlprüfstein, zudem die Hinweise gehören.*

- 
- (1) Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, 2007; Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens. Kundgebung der 12. Synode der EKD auf ihrer 6. Tagung, 2019
- 
- (2) „... und ihr habt mich aufgenommen.“ Zehn Überzeugungen zu Flucht und Integration aus evangelischer Sicht, hrg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kammer für Migration und Integration, 2017; Website der EKD [www.ekd.de](http://www.ekd.de), Stichwort „Seenotrettung im Mittelmeer“ (Abruf Juli 2021)
- 
- (3) Diakonie Deutschland. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Existenzsicherung neu denken – „Hartz IV“ überwinden, Berlin 2021 (Manuskript, auf der Website der Diakonie Deutschland, Abruf Juli 2021)
- 
- (4) Bezahlbar wohnen. Anstöße zur gerechten Gestaltung des Wohnungsmarktes im Spannungsfeld sozialer, ökologischer und ökonomischer Verantwortung, EKD-Texte 136, hrg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kammer für soziale Ordnung, 2021
- 
- (5) Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, Denkschrift des Rates der EKD, 2009; Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben. Die Agenda 2030, EKD-Texte 130, hrg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, 2018
- 
- (6) Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende. Wie wir das Klima schützen und eine sozial gerechte Mobilitätswende umsetzen können, April 2021 [EKD ist Mitglied des Bündnisses]
- 
- (7) Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie – Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche, 1985; Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, 2017; Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Gemeinsame Texte; 26), 2019
- 
- (8) „Rechtspopulismus ist keine Option“, Erklärung der Kreissynode des Kirchenkreises Dortmund 2017; Rechtspopulismus ist keine Option. Orientierungshilfe zum demokratischen Gehalt der Partei AfD, Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung des Kirchenkreises Dortmund u. Mitwirkung d. Superintendentin, 2020 (beide abrufbar auf der Website des Kirchenkreises [www.ev-kirche-dortmund.de](http://www.ev-kirche-dortmund.de)); Diakonie Deutschland, Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie, 2018
- 
- (9) Einen Überblick über das vielfältige Engagement geben die Websites des Kirchenkreises Dortmund und der Diakonie Dortmund.



**KIRCHE FÜR DEMOKRATIE**

**AUFSTEHEN!**

**Wählen gehen.**

**26.09.  
2021**



- **WAHLPRÜFSTEINE**  
Neun Fragen zu  
den Wahlprogrammen



- **VIDEO-CLIPS**  
Kurzinterviews mit  
den Kandidat:innen

Im Kirchenkreis Dortmund-Lünen ist es gute Tradition, sich im Vorfeld von Wahlen zu engagieren. Nicht um sich parteipolitisch einzumischen, sondern um die demokratische Kultur und Meinungsbildung zu unterstützen. Zudem bringen wir die Themen von Kirche und Diakonie in die Diskussion.